



**Starker Kreis Offenbach:
Gemeinsam mehr Heimat.**

CDU im Kreis Offenbach.
Wir lassen die Zukunft nicht warten.

Leitlinien

2006 bis 2011

vorgelegt zur Kommunalwahl am 26.03.2006

Seite

Starker Kreis Offenbach: Gemeinsam mehr Heimat.	
■ :	„Wo wir leben, muss Zukunft sein.“ 3
Wirtschaft und Wachstum, Arbeit und Ausbildung	
■ :	„Wo wir leben, muss Arbeit sein.“ 4
Schule und Bildung	
■ :	„Wo wir leben, muss gut Lernen sein.“ 5
Aktive Bürgergesellschaft	
■ :	„Wo wir leben, muss Leben sein.“ 7
Sicherheit	
■ :	„Wo wir leben, muss Sicherheit sein.“ 8
Finanzen	
■ :	„Wo wir leben, müssen die Finanzen stimmen.“ 9
Sozialpolitik und Integration	
■ :	„Wo wir leben, muss Gemeinschaft sein.“ 10
Umwelt und Naturschutz	
■ :	„Wo wir leben, muss Natur sein.“ 12
Regionale Zusammenarbeit	
■ :	„Wo wir leben, muss Heimat sein.“ 13

CDU im Kreis Offenbach.
Wir lassen die Zukunft nicht warten.

Starker Kreis Offenbach: Gemeinsam mehr Heimat.

Unter den herrschenden Bedingungen in einer globalisierten Welt ist Heimat heute wichtiger denn je. Unser Lebensgefühl wird bestimmt durch das, was „vor der Haustür“ passiert – in den Städten und Gemeinden, in denen wir leben. Hier fühlen wir uns wohl, hier sind wir zuhause.

Aber nicht nur hier werden Entscheidungen getroffen, die uns alle unmittelbar betreffen. Bestimmte wichtige Politikfelder, wie zum Beispiel die Schulen, werden, weil besser, gemeinsam im Kreis Offenbach gestaltet.

Der Kreis Offenbach bildet einen starken Verbund starker Städte und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet. Aus den gemeinsamen historischen Wurzeln erwächst unser Ziel, die Vielfalt und die lebens- und liebenswerte Prägung unserer Städte und Gemeinden zu erhalten, dabei aber die gemeinsame Identität des Kreises Offenbach noch zu stärken.

Gemeinsam und solidarisch wollen wir den Kreis zu einem unverwechselbaren Gemeinwesen in der Region weiterentwickeln. Selbstbewusst und stark wollen wir unsere gemeinsame Stellung in der Region ausbauen und die erfolgreiche Politik für die Menschen fortsetzen. Nicht der schnelle Erfolg ist uns dabei wichtig, sondern ein grundsätzlicher, struktureller Wandel, der die Leistungsfähigkeit des Kreises auch in Zukunft dauerhaft sichert.

Landrat Peter Walter und die Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger haben in den vergangenen fünf Jahren der Wahlperiode gezeigt, wie mit Gestaltungswillen und Gestaltungskraft trotz enger finanzieller Spielräume viel bewegt und vorangebracht werden kann. Beispiele hierfür sind das bundesweit beachtete Public-Private-Partnership-Projekt „Schulen“, die Verwaltungsreform und die Übernahme der Arbeitsvermittlung, bei der trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten schon beachtliche Erfolge erzielt worden sind.

Die CDU im Kreis Offenbach nimmt den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger ernst. Das haben wir mit unserer Arbeit gezeigt. Wir wollen in unseren Städten und Gemeinden und in unserem Kreis mutige Politik zum Wohle der Menschen auch in Zukunft durchsetzen. Landrat Peter Walter und die Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger brauchen eine klare Mehrheit im Kreistag. Dafür steht eine starke CDU – die CDU ist angewiesen auf Mitarbeit, Ratschläge, Anregungen und die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger – besonders am Tag der Kommunalwahl, am 26. März 2006.

Wo wir leben, muss Zukunft sein.

■ **Wirtschaft und Wachstum, Arbeit und Ausbildung**

Der Erhalt und die Verbesserung guter und krisenfester Arbeits- und Wirtschaftsmöglichkeiten im Kreis Offenbach bleibt ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten. Eine gute Ausbildung und Arbeit, Qualifikation und Gestaltungskraft der hier lebenden Menschen sichert wirtschaftliches Wachstum und damit den Wohlstand und gibt den nachwachsenden Generationen Zukunft und Perspektiven. Sozial ist was Arbeit schafft.

Es gilt, die wirtschaftliche Prosperität unseres Kreises nachhaltig zu stärken. Dazu wollen wir, wie bisher, hier ansässige Unternehmen begleiten und fördern und national wie international für unsere Region werben. Die Wirtschaft braucht auch in den nächsten Jahren eine Verwaltung, die sie nach Kräften unterstützt, Wege aufzeigt und Chancen eröffnet.

Die gute Wirtschaftsförderung des Kreises, die kompetente und zielorientierte Beratung und Begleitung von Unternehmen durch das Servicezentrum der Kreisverwaltung wird bei Standortfragen, Umweltschutz, baulichen Erweiterungen, Ansiedlungen und in allen weiteren Genehmigungsverfahren auch in Zukunft sichergestellt.

Es wird die notwendige Infrastruktur für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen sowie gemeinsam mit den Städten und Gemeinden bei Bedarf weitere Flächen für Wohnen und Arbeiten bereitgestellt.

Die Marktposition des Kreises im Wettbewerb wird durch die konsequente Ausrichtung aller Anstrengungen und Aktivitäten auf die Förderung und den Ausbau eigener Standortfaktoren noch stärker gefestigt.

Der Flughafen Frankfurt hat Bedeutung für die Wirtschaftskraft sowie die Arbeits- und Ausbildungsplätze im Kreisgebiet und in der ganzen Region Rhein-Main. Der weitere Ausbau ist unverzichtbar. Er kann aber nur mit Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Paket und regionalem Dialogforum verwirklicht werden, um die Belastungen zu mindern.

Um die Verkehrsprobleme der Zukunft zu lösen, gilt es neben dem Bau weiterer notwendiger Umgehungsstraßen sowie der weiteren Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs, auf die Vernetzung aller Verkehrsträger sowie die intelligente Steuerung des Verkehrs zu setzen, um die Menschen vor Lärm und Abgasen zu schützen. Unser Lebens- und Wirtschaftsraum ist von der Mobilität abhängig.

Wo wir leben, muss Arbeit sein.

■ Schule und Bildung

Unsere Region steht im nationalen und internationalen Wettbewerb um Arbeit und Ausbildung. Um in dieser Konkurrenz zu bestehen, ist die Vermittlung von Bildung unabdingbar. Der Kreis Offenbach ist auf dem besten Weg, der Schulstandort Nr.1 in Hessen zu werden. Die gezielte Bildungsoffensive der letzten vier Jahre hat die Chancen der Kinder und Jugendlichen in unserem Kreis auf ein bestmögliches Lernumfeld verbessert.

Durch das bundesweit beachtete „PPP-Projekt Schulen“ und durch verstärkte Investitionen in Sanierung und Neubau unserer Schulen wird der Kreis bis zum Jahre 2009 die modernsten Schulgebäude in Hessen haben. Die Bewirtschaftung durch private Dienstleister stellt sicher, dass bis dahin und auch danach die Schulgebäude immer in bestem Zustand sein werden. Wir stehen für eine sehr gute Unterhaltung und Ausstattung unserer Schulen.

Nur eine gute Ausbildung sichert unseren Kindern die Chance, ihre Fähigkeiten optimal zu entwickeln. Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen fit für ihre berufliche Zukunft und damit für ihr späteres Leben machen. Dazu müssen sie die Gelegenheit haben, ihre unterschiedlichen Begabungen zu entfalten. Kinder werden befähigt, ihr Leben eigenständig und verantwortungsvoll zu gestalten und ihren Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden.

Wir wollen die Erhaltung aller Schulformen in einer breitgefächerten, wohnortnahen Ausgestaltung, die der Vielfalt der Interessen und Neigungen der Kinder entsprechen. Nur ein Bildungswesen mit differenzierten Angeboten entspricht der menschlichen Verschiedenheit. Wir wollen eng mit dem Land Hessen zusammenarbeiten, um die gute Lehrerversorgung zu erhalten und weitere Fortschritte zu erzielen.

Schule als „Spiegelbild“ unserer Gesellschaft ist bei der Bewältigung ihrer immer schwerer werdenden Aufgaben zu unterstützen. Die Schule soll auch Grundwerte darstellen und einüben, Kreativität, Spontaneität und vor allem das Sozialverhalten fördern. Erziehung und Wertevermittlung müssen, neben der Vermittlung von Fachwissen, in der Schule wieder gestärkt werden.

An allen Grundschulen des Kreises gibt es Betreuungsangebote. Wir stehen für die Erweiterung des Betreuungs- und Ganztagsangebotes in allen Schulformen im Rahmen der baulichen und finanziellen Möglichkeiten. Es ist sicherzustellen, dass allen Schülerinnen und Schülern bei Bedarf Zugang zu einem solchen Unterrichtsangebot ermöglicht wird.

Die Einrichtung der Kompetenzzentren an bisher vier Schulstandorten in den Bereichen Neue Sprachen, Informationstechnologie, Mathematik und Deutsch stärkt die Bildungsinhalte und soll bei Bedarf ausgebaut werden.

In einer immensen Anstrengung sind die Schulen des Kreises mit modernster Technik, insbesondere Computern und Internetanschlüssen, ausgestattet

worden. Gerade junge Menschen nutzen diese Informationsquellen. Es gilt daher, die technische Ausstattung konsequent auf hohem Niveau zu halten und ständig zu verbessern.

Schulen sind ein Ort des „Lernens für das Leben“. Wir setzen auf den Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements, z.B. durch die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Schulen, Schulpatenschaften, die vorbildliche Arbeit von Fördervereinen und Elternbeiräten.

Wir stehen für ein modernes, leistungsfähiges und zukunftssicheres Konzept für die beruflichen Schulen des Kreises. Die beruflichen Schulen sollen gleichwertig gefördert und in Zusammenarbeit in der Region müssen die Strukturen zum Wohle der Schüler besser vernetzt, optimiert und gestärkt werden. Zukunftsweisend ist dabei das Pilotprojekt „Haus des Lebenslangen Lernens“ im Westkreis, in Dreieich: Bildung unter einem Dach für alle Belange und für alle Generationen. Für die Bevölkerung im Ost- und Mittelkreis werden vergleichbare Angebote für das „Lebenslange Lernen“ unter Einbindung der Beruflichen Schulen geprüft.

■ Aktive Bürgergesellschaft

Eine freiheitliche Gesellschaft muss die Aufgaben des Staates auf das Notwendige beschränken. Wir sind schon immer für das Prinzip der Subsidiarität, der „Hilfe zur Selbsthilfe“ eingetreten. Die Eigenverantwortung der Menschen, die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an und in ihrem persönlichen Lebensumfeld und die verantwortliche Mitgestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen muss noch stärker betont werden.

Die große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Handeln in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Kirchen muss noch weit stärker als bisher als Potential gesehen werden. Wir brauchen viele Menschen, die sich an der Gestaltung unserer Gesellschaft engagiert beteiligen. Dieses bürgerschaftliche Engagement gilt es beständig zu fördern.

Aktive Bürger, ein ausgeprägtes Vereinsleben auf kulturellem, sozialem und sportlichem Gebiet und bei der Gewährleistung der Sicherheit zeichnen unseren Kreis aus. Diesen Einsatz wollen wir auch in Zukunft mit der Beibehaltung und Weiterentwicklung der Förderrichtlinien für die sport- und kulturtreibenden Vereine sowie die Fortsetzung des regelmäßigen Dialoges mit Vereinen und Verbänden unterstützen.

Wichtig für unsere Gesellschaft erscheint besonders der Ausbau generationsübergreifender Projekte und Initiativen, die weitere Unterstützung der Seniorengenossenschaften, aber darüber hinaus attraktive Angebote für alle Generationen.

Im Kreis Offenbach haben wir ein vielfältiges und reiches kulturelles und sportliches Leben, das die Lebensqualität hebt und unser Zusammenleben bereichert. Für uns sind die Pflege, Stärkung und Verdeutlichung des kulturellen und geschichtlichen Erbes, die Unterstützung des Sports, genauso unverzichtbar wie die attraktive und lebendige Kunst-, Kultur- und Musikszene. Zur Stärkung dieses Engagements haben wir zwei wissenschaftliche Studien zum Ehrenamt durchführen lassen, die bundesweit beachtet wertvolle Hinweise für die Zukunft geben können.

Gerade auch die wohltätige Arbeit der Feuerwehren, Hilfsorganisationen, freien Träger, der sozialen Vereine, Verbände und Kirchen ist in ihrem Umfang und in ihrer Qualität nicht ersetzbar. Bürgersinn und Verantwortungsbewusstsein erweisen sich am Arbeitsplatz, in der Familie, im Dienst am Nächsten, im Einsatz auf politischer, karitativer und sozialer Ebene als entscheidender Beitrag zum Gemeinwohl.

Wo wir leben, muss Leben sein.

■ Sicherheit

„Heimat“ bedeutet auch, sich in seinem vertrauten Umfeld sicher zu fühlen. Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Die Gewährleistung von Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Lebensraum ist eine der zentralen Grundfunktionen in der Gestaltung unseres Gemeinwesens. Es ist ohne Zweifel eine Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger, nach unserem Verständnis aber auch die originäre Kernaufgabe des Staates – auch der kommunalen Ebene.

Wir dürfen und wollen uns nicht an die Gewalt gewöhnen. Wir treten konsequent für den Auftrag des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, ein. Wir stehen an der Seite unserer Polizeibeamten. Wir wollen aber auch das Bewusstsein der Menschen für Recht und Unrecht, die Bereitschaft zur Mitverantwortung und Zivilcourage schärfen.

Um Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung überall aufrecht zu erhalten, ist der Konsens aller Beteiligten nötig: der zuständigen Behörden, von Politik, Verwaltung und Polizei, gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftsunternehmen und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen weiter die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements unter Beteiligung des Kreises, der Gemeinden und der Polizei, insbesondere im Rahmen lokaler Vorbeugungsprogramme.

In der Erziehung in Elternhaus und Schule müssen wieder verstärkt die Werte vermittelt werden, die Grundlage unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sind. Dazu gehört auch die Einbindung von Gruppen, Vereinen, Verbänden und Organisationen in das kommunale Sicherheitskonzept als Multiplikatoren und zur Verwirklichung, z.B. in Nachbarschaftsprojekten, die der Kreis Offenbach unterstützt.

Noch mehr als bisher wollen wir den zivilen Katastrophenschutz stärken und verbessern. Die Hilfsorganisationen und Rettungsdienste, die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk leisten einen wertvollen Beitrag zur Absicherung von unvorhersehbaren Gefahren, die jeden von uns immer und überall treffen können.

Wo wir leben, muss Sicherheit sein.

■ Finanzen

Auch wenn wegbrechende Steuereinnahmen und fremdbestimmte Mehrausgaben, u.a. durch Umlageerhöhungen, unsere Konsolidierungsbemühungen erschweren, müssen die Finanzen des Kreises langfristig weiter saniert werden, um Gestaltungsspielräume für die Kommunalpolitik zurück zu gewinnen. Dies bedeutet in den Zeiten leerer Kassen die Konzentration auf das Notwendige und Wichtige, damit auch in Zukunft Wünschenswertes machbar bleibt.

Die erheblichen kreiseigenen Anstrengungen der vergangenen Jahre zeigen bereits Erfolge. Trotz der Ausnutzung aller möglichen Sparpotentiale durch eine neue Struktur, Organisation und Steuerung der Verwaltung ist es gelungen, die Kreisverwaltung zu einem modernen, innovativen und engagierten Dienstleistungsunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Dieser Weg wird von uns konsequent fortgesetzt.

Die Konzentration der Geldmittel erhöht die Wirksamkeit ihres Einsatzes. Deshalb gehören zu unseren wichtigen Zielen neben den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben die Beibehaltung der Förderung für die notwendigen freiwilligen Leistungen in den wichtigen Bereichen der Daseinsvor- und fürsorge.

Mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und der kaufmännischen Buchführung schaffen wir ein gutes Instrument, die kommunalen Leistungen betriebswirtschaftlich messbar und die tatsächlichen Kosten transparent zu machen.

Ein weiteres Ziel muss immer auch die mittel- und langfristige Entlastung der Städte und Gemeinden sein. Wir lehnen es ab, die finanzielle Strukturkrise durch die Belastungen aus der Sozialgesetzgebung und aus dem Asylbewerberleistungsgesetz durch immer neue Erhöhungen der Kreisumlage an die Kommunen weiterzugeben.

Bund und Land sind verpflichtet, ein kommunales Finanzierungssystem zu schaffen, das die Leistungsfähigkeit der Landkreise und Kommunen sichert. Werden dem Kreis in Zukunft neue Pflichten auferlegt oder werden seine Pflichten bei der Novellierung eines Gesetzes erweitert, muss der Staat auch die Aufbringung der Mittel regeln. Deshalb bleibt eine Gemeindefinanzreform unumgänglich.

Wo wir leben, müssen die Finanzen stimmen.

■ Sozialpolitik und Integration

Wir stehen zu unserer sozialen Verantwortung. Unsere Politik soll den Einzelnen und der Familie gute Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen schaffen sowie soziale Sicherung und Hilfen für bedürftige Personen oder Gruppen gewährleisten.

Gute Sozialpolitik ist daran zu messen, inwieweit sie den Bürger und soziale Gruppen befähigt, die Gemeinschaft mit zu tragen. Sie ist nur wirksam, wenn die Verantwortungsbereitschaft der Einzelnen für sich selbst und gegenüber der Gemeinschaft gestärkt und genutzt wird. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Arbeitsverwaltung und -vermittlung. Seit der Übernahme von „Hartz IV“ durch den Kreis Offenbach ist es gelungen, weit über 1.000 Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Die Familie ist eine beständige Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Gleichberechtigung in der Partnerschaft und der Zusammenhalt in unseren Familien ist Voraussetzung für die Solidarität in der Gesellschaft. Daran orientiert sich unsere Sozialpolitik: Ausgestaltung des vorhandenen, differenzierten Beratungs- und Betreuungsangebotes, der präventiven Hilfen und Bildungseinrichtungen.

Kinder und Jugendliche bedürfen auch außerhalb von Elternhaus, Betreuungseinrichtungen und Schulen eines Umfeldes, das sie in ihrem Heranwachsen und in ihrer Entwicklung fördert. Im Kreis Offenbach und seinen Kommunen wird dies überwiegend durch den Einsatz und Idealismus derer gestaltet, die sich in Vereinen und Verbänden oder in der offenen Jugendarbeit einsetzen.

Die Zahl der älteren Menschen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nimmt immer mehr zu. Viele Senioren bleiben bis ins hohe Alter körperlich und geistig in der Lage, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und leisten mit ihrer Tatkraft einen besonders wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Ihre Erfahrung und ihr Wissen können vielfältig genutzt werden. Es ist, gerade in der Sozialpolitik, wichtig, generationsübergreifend zu denken und zu handeln.

Die gute und bewährte soziale Infrastruktur in der Sozialpolitik des Kreises wollen wir erhalten, in Partnerschaft mit den freien Trägern, den Verbänden, Kirchen und Vereinen bedarfsgerecht ergänzen und den Erfordernissen der Zukunft anpassen. Auch dazu haben wir die Stiftung „Miteinander Leben“ gegründet, die projektbezogene Hilfe und Anschubfinanzierung gewährt.

Jung und Alt, Gesunde und Kranke, Behinderte und Nichtbehinderte, wir alle sind eine große Gemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet, denen zu helfen, die Hilfe notwendig haben. Wir stehen aber auch für die gezielte Bekämpfung ungerechtfertigter und missbräuchlicher Inanspruchnahme von Leistungen, wie die Einrichtung der Ermittlungsgruppe im Sozialbereich (Hartz IV) zeigt.

Wo wir leben, muss Gemeinschaft sein.

Durch die frühzeitige und weitsichtige Kooperation mit einem privaten Träger können unsere Krankenhäuser auch in Zukunft an den beiden Standorten ihre Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen und die Umsetzung der weiteren baulichen und gesundheitlichen Zielplanung ist gesichert. Dazu gehört auch eine psychiatrische und geriatrische Einrichtung. Wichtig für die Menschen ist, dass in Langen und Seligenstadt an den Krankenhäusern in die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur investiert wird, um die hohe Qualität der wohnortnahen Versorgung zu erhalten.

In unserem Kreis leben 60.000 Menschen mit einer anderen Muttersprache. Für sie ist der Kreis eine neue Heimat. Für uns bedeutet die Integration dieser Menschen auch eine Chance, denn in Zukunft ist nur der erfolgreich, der international denkt und handelt. Wir stehen für die Unterstützung der integrativen Arbeit, der Erwerbung von Sprachkompetenz, um Sprachdefizite abzubauen und das alltägliche Leben zu erleichtern. Wir stehen aber auch für die unverzügliche Ausweisung krimineller oder illegaler Ausländer, wie die Einrichtung der AG Ermittlung deutlich zeigt.

■ Umwelt und Naturschutz

Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Natur kann nicht bürokratisch verordnet werden. Ökonomische Interessen und ökologische Notwendigkeiten müssen aufeinander abgestimmt werden. Nur durch den Dialog und die Kooperation aller Beteiligten können Konflikte vermieden werden. Konfrontation schadet dem Naturschutz.

Das Wachstum unserer Region stößt dort an seine Grenzen, wo wir unsere natürlichen Ressourcen auf Dauer schädigen, ein Spannungsfeld, das eine verantwortungsvolle, sensible und ideologiefreie Natur- und Umweltpolitik erfordert.

Effektiver Naturschutz wird nur erreicht, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich der Verantwortung für Natur und Umwelt bewusst und alle Handlungen von diesem Bewusstsein geprägt sind. Naturschutz darf nicht den Ruf der „Verhinderungspolitik“ bekommen, da sonst seine Akzeptanz bei den Menschen verloren geht.

Auf der kommunalen Ebene können Gemeinden, Städte und der Kreis wirksame Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der Umweltqualität schaffen. Vor allem ist dem Erhalt und der Pflege unserer Kulturlandschaft sowie der weiteren Begrenzung von Luftschadstoffen in unserem Ballungsraum besondere Bedeutung beizumessen.

Naturschutz ist vor allem „Arbeit vor Ort“. Daher setzt die CDU auf die Mitarbeit des einzelnen Bürgers. Freiwilligkeit steht für uns im Mittelpunkt. Denn wer Zwänge ausübt, wird weder den Einzelnen von der Notwendigkeit des Natur- und Umweltschutzes überzeugen können, noch seine Unterstützung bei der Umsetzung bekommen.

Die Einbindung und Zusammenarbeit aller Betroffenen und Beteiligten ist uns wichtig, wenn es um Fragen des Landschafts- oder Naturschutzes geht, um den Ausgleich von Natur- und Siedlungspolitik, um den Erhalt und Schutz der Trinkwasserreserven.

Wir sind für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden im Kreis und haben mit dem Landschaftspflegebeirat ein effizientes Modell für die Fortführung der Landschaftspflege, den Erhalt der Streuobstwiesen und die Vernetzung naturbelassener Flächen geschaffen.

Wo wir leben, muss Natur sein.

■ Regionale Zusammenarbeit

Das Rhein-Main-Gebiet liegt im Zentrum des zusammenwachsenden Europas. Es verfügt über eine gute wirtschaftliche Basis. Diese gründet auf ein mannigfaltiges Vorhandensein von Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe, Behörden, Wissenschaft und Zukunftsdienstleistungen.

Neben seiner Bedeutung durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewinnt das Rhein-Main-Gebiet seine Identität aus der Vielfalt und Verschiedenheit seiner Städte, Gemeinden und Landkreise. Wir wollen deshalb eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Gebietskörperschaften auf freiwilliger Basis. Es ist eine der Aufgaben der verantwortlichen Politiker im gesamten Rhein-Main-Gebiet, auf der guten wirtschaftlichen Ausgangslage, Strukturen für eine zukünftige gemeinsame Entwicklung, in den Bereichen wo es notwendig ist, zu schaffen. Verordnete Zwangsverbände helfen nicht weiter.

Wirkliche Partnerschaft setzt ein klares Bekenntnis zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung als einem der Eckpfeiler der demokratischen Konstitution unseres Bundeslandes voraus. Wo Bürger ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung vor Ort regeln, wird den Menschen eine lebenswerte Heimat geboten. Bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben soll die Zuständigkeit deshalb soweit wie möglich bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Ordnung sind die Landkreise (als Gemeindeverbände).

Die Städte, Gemeinden und Landkreise im Rhein-Main-Gebiet werden erhalten. Dies beinhaltet eine deutliche Absage an Eingemeindungen oder Auflösungen. Einen anonymen, unüberschaubaren und nicht regierbaren Regionalkreis lehnen wir im Interesse der hier lebenden Menschen strikt ab. Neue, zusätzliche bürokratische Ebenen werden nicht geschaffen werden. Wir werden die kommunale Selbstverwaltung in Gemeinden, Städten und im Kreis stärken.

Bürgernahe Politik und Verwaltung erleichtern den Bürgerinnen und Bürgern Einblick und Teilnahme, sie eröffnen andererseits den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung bessere Möglichkeiten, bei ihren Entscheidungen die maßgeblichen örtlichen und persönlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Das für einzelne Bereiche, z.B. überörtliche Planung, notwendige Zusammenwirken von Gemeinden, Städten und Kreisen in der Region soll in freiwilliger interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen. Beispiele erfolgreicher freiwilliger Zusammenarbeit gibt es bereits in den Bereichen Verkehr, Standortmarketing, Regionalpark, Kultur und Sport. Wir sehen den Kreis Offenbach auch als Motor der interkommunalen Zusammenarbeit mit und zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Wo wir leben, muss Heimat sein.